



Generalstaatsanwaltschaft Hamburg

Pressestelle der Staatsanwaltschaften

Pressemitteilung

Anklage gegen 27-jährigen Syrer wegen Mitgliedschaft bei „Ahrar al-Sham“

Die Generalstaatsanwaltschaft Hamburg – Zentralstelle Staatsschutz – hat gegen einen 27-jährigen syrischen Staatsangehörigen Anklage vor dem 8. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg erhoben. Dem Angeschuldigten wird vorgeworfen, sich als Mitglied an einer im Ausland bestehenden terroristischen Vereinigung – der sogenannten Ahrar al-Sham* – beteiligt zu haben, nachdem er sich ihr spätestens am 9. August 2015 angeschlossen hatte.

Bis Ende September 2015 soll der Angeschuldigte als Mitglied eines Bataillons von Ahrar al-Sham in der syrischen Provinz Idlib an der Belagerung der mehrheitlich von Schiiten bewohnten und von der syrischen Armee, regimetreuen Milizen und Hisbollah-Verbänden kontrollierten Dörfer Kafarya und Al-Fu´ah teilgenommen haben. In dieser Kampfereinheit verfügte er zeitweise über verschiedene Kriegswaffen (zwei Sturm- und Maschinengewehre sowie einen Granatwerfer). Zudem wirkte der Angeschuldigte als Darsteller an der Aufnahme eines Propagandavideos der Ahrar al-Sham mit, welches im damaligen Einsatzgebiet seines Bataillons erstellt wurde. Mit der anschließenden Veröffentlichung des Videos am 9. August 2015 auf dem Internetportal YouTube sollte u.a. die Belagerung der Dörfer Kafarya und Al-Fu´ah durch die Ahrar al-Sham und der mit ihr verbündeten Kräfte gerechtfertigt werden.

Der Angeschuldigte verließ Syrien im Januar 2016 und reiste in die Bundesrepublik ein. Bis zur Vollstreckung des Haftbefehls des Hanseatischen Oberlandesgerichts in dieser Sache am 27. September 2021 lebte er in Rostock.

Bis zum endgültigen Abschluss sämtlicher Strafverfahren gilt für jeden Angeschuldigten die Unschuldsvermutung.

Hamburg, 28.10.2021

Oberstaatsanwältin Liddy Oechtering

Tel.: 040/42843 1699

Fax: 040/42798 1900

e-mail: Pressestelle-Staatsanwaltschaft@sta.justiz.hamburg.de

* Die terroristische Vereinigung „Ahrar al-Sham“, die durch einen Zusammenschluss mehrerer kleinerer Organisationen am 31. Januar 2013 entstand, hat sich, von radikal-religiösen Anschauungen geleitet, zum Ziel gesetzt, unter Inkaufnahme auch ziviler Opfer die Regierung des syrischen Machthabers Baschar al-Assad zu stürzen, eine Gesellschaft unter dem Gesetz des Islam zu errichten und dabei die strengen Regeln der Sharia nach fundamental-islamistischen Grundsätzen einzuführen. Neben dem offenen Kampf setzt die Vereinigung zur Durchsetzung ihrer Ziele auch Sprengstoffanschläge und gezielte Tötungen ein. Mehrfach wurden von ihr bereits Gräueltaten unter der Zivilbevölkerung verübt.